

Unternehmen Eisenbahn

Ein Jahrhundertwerk wird vollendet

Der Knoten ist durchschlagen, die neue Bahn kann nun endlich auf Kurs gehen. Jeder weitere Tag Verzögerung hätte den Steuerzahler rund 27 Millionen Mark gekostet. Was in Jahrzehnten diskutiert und als dringende Notwendigkeit von allen Parteien, Gewerkschaftern, Industrieverbänden, von den Ländern, vom Bund und vor allem immer wieder von den Eisenbahnern selbst gefordert wurde, kann zum 1. Januar 1994 seine Arbeit aufnehmen: das Unternehmen Eisenbahn.

Es war ein arbeitsreiches Werk und erforderte enorme Energie auf allen Seiten, aber der Wille,

**Von Matthias Wissmann,
Bundesminister für Verkehr**

diese Reform zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes umzusetzen, hat letztendlich gesiegt.

In der entscheidenden und äußerst konstruktiven Sitzung bei Bundeskanzler Helmut Kohl konnte Ende letzter Woche mit den Ministerpräsidenten unter Führung des SPD-Vorsitzenden Scharping die entscheidende Weiche für die Zukunft der Bahn gestellt werden und damit für über 400.000 Arbeitsplätze eine Perspektive eröffnet werden.

Wenn am 1. Januar 1994 das Privatunternehmen

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

- **Sozialdemokraten**
Generalsekretär Peter Hintze: SPD widerlegt ihren Anspruch auf Regierungsfähigkeit. Seite 4
- **Bundeshaushalt 1994**
Haushalts-Konsolidierung ist erfolgreiche Zukunftssicherung. Seite 5
- **Außenpolitik**
Potsdamer Erklärung: Die Visegrad-Staaten und die Institutionen des Westens. Seite 10
- **Parteienfinanzierung**
Rechtzeitig vor dem Wahljahr 1994 Klarheit über die neuen Regelungen. Seite 14
- **Grundsatzprogramm**
Das christliche Selbstverständnis ist unser unverzichtbares Fundament. Seite 16
- **Dokumentation**
Bundeskanzler Helmut Kohl: Wir sind und bleiben für unsere Partner ein verlässlicher und berechenbarer Freund und Nachbar. Regierungserklärung vom 11. November. Grüner Teil

Deutschland ist ein
Land des Friedens

Gedenkrede des Bundesfinanzministers Theo Waigel zum Volkstrauertag. UID extra

(Fortsetzung von Seite 1)

Bahn loslegt, beginnt für die Eisenbahner eine Revolution, die alle Gewerkschafter und Manager mittragen. Endlich wird dann Kreativität und Leistung belohnt, gibt es wie in jedem Wirtschaftsunternehmen Anreize für die Arbeit und entfallen die Hemmnisse der Behörde.

Diese AG-Effekte bringen in den kommenden zehn Jahren erhöhte Erträge von rund 18 Milliarden Mark. Und weil die Schienen als eigenständige Unternehmensapparate arbeiten werden, ist der Weg frei, daß auch andere Unternehmen mit ihren eigenen Zügen auf dem Schienennetz Verbindungen anbieten können. Konkurrenz belebt das Geschäft.

Gewinner wird der Kunde sein, um den sich die Bahn AG dann wirklich bemühen muß, sowohl was den Komfort, die Häufigkeit der Zugverbindungen als auch, was den Preis angeht. Der Bürger wird zum Hauptgewinner der Bahnreform, denn sie entlastet auch seinen Steuersäckel: Selbst nach den immer besonders vorsichtigen Schätzungen des Rechnungshofes wird der Bundeshaushalt in den kommenden zehn Jahren um über 100 Milliarden Mark entlastet. Was der Finanzminister spart, bleibt dem Bürger als Steuer erspart.

Und nochmals wird er zum Gewinner:

Mit der Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs, für den der Bund den Ländern ab 1995 über 14 Milliarden Mark mit steigender Tendenz, bis über 17 Milliarden 1999 zur Verfügung stellt, kann der Personennahverkehr endlich aus einer Hand und vor Ort organisiert

Mit diesem verkehrspolitischen Meilenstein ist jetzt der Hauptvorstand der DB und DR gefordert, die Bahn in ein kundenorientiertes Wirtschaftsunternehmen zu überführen. Der DB/DR-Vorstand benötigt ein schlüssiges Unternehmenskonzept, das dem künftigen Wettbewerb auf der Schiene genügt.

Dirk Fischer, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der zuständige Berichterstatter Diogenys Jobst zur Bahnreform

werden. Bürgernähe statt Zentralismus – wird das Motto des neuen Nahverkehrs sein. Der Durchbruch bei der Bahnreform war eine Entscheidung, die alle Parteilinien außer acht ließ und die Probleme an der Wurzel anging: Es gibt Entlastungen für Bundeskasse und Steuerzahler, es gibt eine Zukunft für die Arbeitsplätze beim Unternehmen Bahn, und es gibt eine bessere Bahn zum Wohl von Menschen und Umwelt.

„Deutschland Union Dienst“

Jeweils wöchentlich von Dienstag bis Freitag erscheint der von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion herausgegebene Pressedienst „Deutschland Union Dienst“. Er enthält aktuelle und exklusive Beiträge der Mitglieder der Unionsfraktion und beschäftigt sich mit allen Themenbereichen der Bundespolitik. — Interessenten können den „Deutschland Union Dienst“ für den Bezugspreis von 60,— DM im Monat erhalten. Probeexemplare werden versandt.

Wenden Sie sich bitte an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Pressestelle, Herrn Hannott, Görresstraße, 53113 Bonn.

Zu mehr Arbeitsplätzen nur über verstärkte Investitionen

Zu dem am 15. November vorgelegten Gutachten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der „Fünf Wirtschaftsweisen“ erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die Kernaussagen im Jahresgutachten des Sachverständigenrates zeigen, daß mit der Wirtschafts- und Konsolidierungspolitik der Bundesregierung die richtigen Schritte auf einer noch langen Wegstrecke eingeschlagen worden sind. Die Feststellung der Sachverständigen, daß die Talsohle der konjunkturellen Schwäche nunmehr erreicht sei, darf dabei nicht beruhigen; denn die Beseitigung der erheblichen strukturellen Defizite in der deutschen Wirtschaft verlangt von allen, die in Staat und Gesellschaft Verantwortung tragen, weiterhin verstärkte Anstrengungen.

Aufgabe der Politik ist es dabei, die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln in Deutschland weiter zu verbessern. Der Sachverständigenrat hat hierzu festgestellt, daß die Bundesregierung hier bereits richtig gehandelt hat: Mit dem Föderalen Konsolidierungsprogramm und dem Standortsicherungs-gesetz wurden die Unternehmenssteuern gesenkt, der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit entlastet und die Nettoneuverschuldung des Bundes begrenzt. Die CDU ist entschlossen, an diesem Kurs der Wirtschaftsbelebung und Haushaltskonsolidierung festzuhalten. Jetzt sind auch Länder und Gemeinden in der Pflicht, ihren Beitrag zur Konsolidierung der Finanzen zu leisten und Anreize für die Wirtschaft, etwa durch Senkung der Gewerbesteuer, zu geben.

Eine wesentliche Investitionsbremse sind zudem die im internationalen Vergleich zu hohen Arbeitskosten in Deutschland.

Ein großer Teil dieser Kosten wird jedoch autonom von den Tarifpartnern in Tarifverträgen festgelegt. In Übereinstimmung mit dem Sachverständigenrat appelliere ich daher an Unternehmer und Gewerkschaften, Mäßigung in der Tarifpolitik zu üben. Überzogene Lohnabschlüsse in den nächsten Monaten wären Gift für den erreichbaren baldigen Aufschwung.

Die Tarifparteien dürfen ihre Verantwortung jetzt nicht auf den Staat abschieben: Breite Lohnsubventionen und die Schaffung eines zweiten Arbeitsmarktes sind für die CDU keine wirksamen Instrumente zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Weg zu mehr wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen führt nicht über aufgeblähte Beschäftigungsprogramme oder Verteilungsmodelle, sondern nur über verstärkte Investitionen.

OST-BETRIEBE: WIRTSCHAFTSLAGE GÜNSTIGER ALS IM FRÜHJAHR.

Die ostdeutsche Wirtschaft kann sich nach der Herbstumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) „allmählich vom Sog der westdeutschen Rezession lösen“. Die Stimmung habe sich im Vergleich zum Frühjahr „deutlich verbessert“. Die Produktionserwartung für 1993 sei gestiegen, wobei die privaten Unternehmen optimistischer seien als Treuhand-Betriebe.

Die SPD widerlegt ihren Anspruch auf Regierungsfähigkeit

Zur Rede von Rudolf Scharping auf dem SPD-Parteitag in Wiesbaden erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Der Parteitag ist dabei, den Anspruch der SPD auf Regierungsfähigkeit nachdrücklich zu widerlegen. Rudolf Scharpings Rede hat deutlich gemacht, daß dies ein Parteitag des Durchlavierens, des Ausweichens und des Verdrängens ist. Besonders peinlich war Scharpings Beifallsuche durch plumpe Beleidigungen und Ausfälle gegen Steffen Heitmann.

Wo Scharping klar hätte Position beziehen müssen, hat er versucht, sich zwischen den innerparteilichen Fronten hindurchzulavieren. Wo er die zaghaften Versuche Kloses oder Lafontaines, die SPD stärker auf die Realität zu orientieren, kraftvoll hätte unterstützen müssen, ist er auf Formelkompromisse ausgewichen. Die Konflikte in der SPD um die

internationale Verantwortung Deutschlands, die Auseinandersetzung um Lafontaines wirtschaftspolitische Thesen — all dies verdrängte er, indem er sich abwechselnd in Platitüden und Anfälle von Sozialneid flüchtete. Konzepte oder gar neue Ideen wurden nicht präsentiert. Die SPD Rudolf Scharpings ist eine Partei des einfalllosen Status quo.

Den wirtschaftspolitischen Herausforderungen nicht gewachsen

Scharping hat den Nachweis geliefert, daß die SPD den wirtschaftspolitischen Herausforderungen nicht gewachsen ist. Wir brauchen jetzt keine theoretischen Diskussionen über die Verteilung von Arbeit, wir brauchen jetzt eine konsequente Stärkung des Standortes Deutschland. Nur das sichert Arbeitsplätze.

Appell an SPD-Parteitagsdelegierte

Mit der Aufforderung, den Weg für ein Deutschland frei zu machen, das seiner Verantwortung in der Völkergemeinschaft für den Frieden in der Welt gerecht wird, hat sich Generalsekretär Peter Hintze in einer Zeitungsanzeige am 16. November an die Delegierten des Wiesbadener SPD-Bundesparteitages gewandt.

Die Anzeige, die in der Frankfurter Rundschau, der Welt, dem Wiesbadener Kurier und dem Wiesbadener Tageblatt erschien, erinnert an 40

Jahre Frieden, den die Bündnispartner gemeinsam mit den Soldaten der Bundeswehr gesichert haben, und an das Recht der Partner darauf, jetzt auf uns die Erwartung zu richten, daß wir unseren Beitrag zu einer weltweiten Friedenssicherung leisten.

Peter Hintze: Fragen der Friedenssicherung sind nicht nur Angelegenheit der Regierung oder einer einzelnen Partei. Hier geht es um fundamentale Werte, die von allen demokratischen Kräften gemeinsam vertreten werden müssen.

Haushalts-Konsolidierung ist erfolgreiche Zukunftssicherung

Zum Abschluß der Beratungen des Bundshaushalts 1994 im Haushaltsausschuß erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Roth:

Der Bundshaushalt 1994 ist in Volumen, Aufwuchs und Struktur Ausdruck gesamtwirtschaftlicher Verantwortung und einer auf Konsolidierung bedachten Finanzstrategie.

Die endgültige Höhe der veranschlagten Ausgaben von 479,9 Mrd. DM signalisiert die Bereitschaft der Koalition, unter Wahrung strikter Stabilitätskriterien die Folgen der gravierenden Arbeitsmarkteinbrüche sozial aufzufangen, zugleich aber den Prozeß des haushaltspolitischen Umdenkens ohne Rücksicht auf anstehende Wahltermine zu beschleunigen.

● Sparprozeß weiter vorangetrieben

Nach dem Föderalen Konsolidierungsprogramm (FKP) ist auch das Spar- und Wachstumspaket der Koalition mit Verbesserungen von 21 Mrd. DM lückenlos umgesetzt worden. Darüber hinaus haben CDU/CSU und FDP im Haushaltsverfahren den sachlich unausweichlichen Sparprozeß weiter vorangetrieben: Zusätzlichen Ausgabewünschen wurde konsequent ein Riegel vorgeschoben. Durch harte Sparschnitte und gezielte Ansatz-Reduzierungen wurde bei Einnahmen und Ausgaben eine Etatentlastung von rd. 10 Mrd. DM erzielt. Insbesondere die ausgebrachte globale Minderausgabe in Höhe von 5 Mrd. DM bei sächlichen Verwaltungsausgaben und

Zuschüssen ist ein vertrauensbildender Schritt mit Blick auf die Kapitalmärkte und ermöglicht eine qualitative Verbesserung der Haushaltsstruktur und die Eindämmung der nach wie vor konjunkturell überhöhten Nettokreditaufnahme von 69,1 Mrd. DM. Die beiden Konjunkturfaktoren — Steuermindereinnahmen und Mehrausgaben bei der Bundesanstalt für Arbeit und der Arbeitslosenhilfe — zwingen dazu, den bisherigen Zielkorridor bei der Nettokreditaufnahme zu verlassen.

Ohne das massive Gegensteuern insbesondere bei den ausgabeträchtigen Leistungsgesetzen und ohne die konsequente Absage an jedwede Plafonderweiterung wäre die Nettokreditaufnahme auf die Rekordmarke von 100 Mrd. DM hochgeschwungen. Gerade Deutschland kann sich aber kein stabilitätswidriges Verhalten gegenüber den Finanzmärkten leisten. Zudem würden die Anstrengungen von Politik und Notenbank zur Belebung der Wachstumskräfte in sträflicher Weise konterkariert.

● Schuldenbegrenzung — Zielkonzept 2000

Die haushaltsmäßige Nettokreditaufnahme beläuft sich auf 69,1 Mrd. DM. Wie in den vergangenen Jahren wurde der Bundesbankgewinn mit 7 Mrd. DM in den Haushalt eingestellt. Unter Berücksichtigung der voraussichtlich um etwa 6 Mrd. DM höheren Gewinnablieferung beträgt die Kapitalmarktbeanspruchung durch den Bund 63,1 Mrd. DM. Mit den ab 1995 neu justierten bundesstaatlichen Finanzbeziehungen muß ein „Zielkonzept 2000“ in Gang gesetzt wer-

den, das die Rückführung der Staatsquote, der Steuer- und Abgabenlast sowie der tolerierbaren Haushaltsdefizite in festgelegten Prozessschritten verbindlich macht. Die europäischen Konvergenzkriterien müssen dabei strikte Beachtung finden.

● Sonderfaktoren bestimmen Ausgabenzuwachs

Der nominelle Ausgabenzuwachs 1994 von 4,8 Prozent bedarf einer Bewertung. Betrachtet man die „durchlaufenden“ Mittel der Bahnreform (9,1 Mrd. DM), die Übernahme von Altschuldenlasten des ostdeutschen Wohnungsbestands (2,4 Mrd. DM), die Defizithaftung für die Bundesanstalt für Arbeit (18 Mrd. DM) und die hohen Zuschüsse an den Fonds Deutsche Einheit (+ 10,9 Mrd. DM), dann ergibt sich substantiell eine Einschränkung der Bundesaktivitäten in nahezu sämtlichen Politikbereichen. Die Einzelpläne der Ressorts spiegeln diesen Prozeß anschaulich wider.

● Ausnahmen bei Forschung und Verteidigung

Lediglich die Haushalte des Forschungs- und des Verteidigungsministers sind von Planfondeinschränkungen und Sparaufgaben verschont geblieben. Im Gegenteil, es wurden sogar spürbare Strukturverbesserungen innerhalb des festgelegten Ausgabe Rahmens beschlossen. Im Interesse der neuen Verteidigungskonzeption sind bei der Bundeswehr über 300 Mio. DM des veranschlagten Sach- und Betriebsaufwands in den investiven Bereich des Materials und der Infrastruktur umgeschichtet worden. Wir erwarten, daß die eingeleitete Strukturverbesserung in den nächsten Jahren konsequent fortgesetzt und schrittweise wieder ein Investitionsanteil von 30 Prozent des Verteidigungs-

haushalts erreicht wird. Im Interesse der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland wurden die Mittel für Forschung und Technologie nicht gegenüber dem Vorjahr abgesenkt, um auch künftig in ausreichendem Maße zukunftssträchtige und innovative Investitionen zu fördern.

● Spitzenreiter Sozialhaushalt

Der mit Abstand größte Einzelplan mit der neuen Rekordsumme von 130,4 Mrd. DM (rd. + 9 v. H.) ist der Sozialhaushalt. Seine Höhe grenzt jetzt an den Gesamtumfang des Bundeshaushalts von 1974, dem letzten Jahr der Regierung Brandt. Seither haben sich die Sozialausgaben um das Fünffache erhöht, wodurch der Vorwurf vom angeblichen „Sozialabbau“ eindrucksvoll widerlegt wird.

● Sorgenkind Arbeitsmarkt

Politischer Handlungsbedarf besteht bei der Struktur der Arbeitsverwaltung. Angesichts des extrem gestiegenen Zuschußbedarfs für die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollte dieser Komplex mittelfristig aus der Selbstverwaltungskompetenz der Nürnberger Bundesanstalt herausgelöst und in die unmittelbare Haushaltsverantwortung des Bundes überführt werden. Immerhin ist der Bundeszuschuß an die BA in den drei Haushaltsjahren 1992 bis 1994 mit rund 60 Mrd. DM zehnmal so hoch wie in den vorhergegangenen 9 Jahren von 1983 bis 1991 (insgesamt 6,4 Mrd. DM).

● Verwaltungsausgaben unter Vorjahres-Niveau

Mit dem Haushalt 1994 wird die Sparpolitik der Koalition im Personal- und Verwaltungsbereich konsequent fortgesetzt.

Als Teil einer mehrjährigen „Verschlankungs“-Strategie werden auch 1994 die Stellenpläne der obersten Bundesbehörden um 1 v. H. und des nachgeordneten Bereichs um 1,5 v. H. gekürzt; dies führt zu einer Personalverringerung von knapp 5.000 Stellen. Hinzu kommen die vorgesehene Besoldungs-Nullrunde bei Beamten, Regierungsmitgliedern und Abgeordneten sowie gezielte Kürzungen beim Sachaufwand, bei der Datenverarbeitung und der Öffentlichkeitsarbeit. Auch der Haushalt des Deutschen Bundestages muß 1994 Mittelkürzungen von 16 Mio. DM sowie einen auf 4 Jahre verteilten Personalabbau von 158 Stellen hinnehmen. Die Ausgaben für die Bundesverwaltung werden 1994 unter das Niveau des laufenden Jahres abgesenkt. Ihr Anteil am Gesamthaushalt liegt erstmals unter 6 v. H., obwohl drei neue Bundesämter (Güterverkehr, Eisenbahnen und Wertpapieraufsicht) hinzutreten.

● **Aufbau Ost und Standortsicherung**

Der wirtschaftspolitische Schwerpunkt des Haushalts '94 liegt nach wie vor beim Aufbau Ost, für den mit 119 Mrd. DM jede vierte Haushaltsmark eingeplant ist. Auch der hohe Investitionsanteil von 64 Mrd. DM — fast zur Hälfte einigungsbedingt — unterstreicht das Bemühen der Koalition, trotz Konsolidierungszwang

dem Thema „Standortsicherung Deutschland“ Vorrang einzuräumen.

Fortschritte beim Subventionsabbau gibt es einstweilen nur im Westen (minus 11 v. H.). Der Finanzplan bis 1997 sieht hier weitere Kürzungen um ein Viertel auf dann 8,4 Mrd. DM vor. Neben dem Aspekt der Haushaltsentlastung geht es um die Durchsetzung marktwirtschaftlicher Konzepte bei der Modernisierung und Umstrukturierung gefährdeter Wirtschaftszweige.

Das Beratungsergebnis zum Etat 1994 verdeutlicht den schwierigen Balanceakt der Koalitions-Haushälter zwischen Sparzwang und Konjunkturstabilisierung. Bei weiter anhaltendem Druck auf die öffentlichen Haushalte werden wir den Kräften der Zukunft Vorrang vor Tagesopportunisten einräumen. Der Bundeshaushalt kann seiner Pilot-Funktion für die gesamtstaatliche Konsolidierung nicht ausweichen.

So gesehen ist der Haushalt 1994 ein ebenso wichtiger wie folgerichtiger Zwischenschritt auf dem Weg der volkswirtschaftlichen Gesundung und verdeutlicht die Entschlossenheit der Koalition, mit ihrem Sparkurs die Wachstumskräfte zu stärken und das Vertrauen der Märkte in die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik zu rechtfertigen. Zu dem eingeschlagenen Weg gibt es keine Alternative.

Gemeinschaftsinitiative Ost gut angelaufen

Gut angelaufen ist im Oktober die Gemeinschaftsinitiative Ost zur Förderung außerbetrieblicher Ausbildung in den neuen Bundesländern. Insgesamt wurden bisher 5.400 junge Leute in eine solche Ausbildung vermittelt. Vor allem Mädchen haben entsprechend der Zielsetzung das Programm zu über 70 Prozent in Anspruch genommen. Auch das zweite Ziel, vor allem Ausbildungen in Dienstleistungsberufen und kaufmännischen Berufen anzubieten, konnte bisher mit fast 73 Prozent der vermittelten Plätze erreicht werden.

Soforthilfe für AIDS-infizierte Bluter beschlossen

Die aktuelle gesundheitspolitische Diskussion wird durch die Problematik der HIV-Infektionsgefährdung durch Blut und Blutprodukte geprägt. Hier ist ein Stein ins Rollen gekommen, der weder aufgehalten werden konnte noch aufgehalten werden durfte. Die CDU/CSU-Fraktion hat daher das beherzte und offensive Handeln des Bundesministers für Gesundheit, Horst Seehofer, bei der Lösung der hier anstehenden Fragen von Anfang an voll und rückhaltlos unterstützt.

Durch Schaffung von Transparenz und schnelles Handeln gilt es die Antworten zu finden, die vor allem im Interesse der durch eine HIV-Infizierung durch Blut und Blutprodukte Betroffenen, aber auch im Interesse von Patienten und Ärzten unumgänglich sind.

Unbegreiflich sind gerade im Hinblick auf die Sensibilität des Themas die Reaktionen der vergangenen Tage aus dem Spektrum der organisierten Ärzteschaft. Von „Massenhysterie“, Auslösung von „Massenpanik“ bzw. sogar der Veranstaltung einer „HIV-Show“ ist die Rede. Mit derartigen tendenziösen und interessen-geleiteten Kommentaren werden gerade die Repräsentanten der Ärzteschaft ihrer gesundheitspolitischen, aber auch ihrer ärztlichen Verantwortung nicht gerecht.

Es kann dem Präsidenten der Bundesärztekammer, Dr. Karsten Vilmar, nur empfohlen werden, beispielsweise einem der Betroffenen einmal zu erklären, daß das alles ja gar nicht so schlimm sei, da die Gefahr, im Straßenverkehr ums Leben zu

kommen, erheblich größer sei als die, sich bei einer Bluttransfusion mit dem HIV-Virus zu infizieren. Sofern unsere Politik, die diese Ärzte als „hysterisch“ meinen diffamieren zu müssen, dazu beiträgt, nur eine einzige HIV-Infektion durch Blut bzw. Blutprodukte zu verhindern, ist uns das bereits genug!

Wir bleiben also dabei, die Überprüfung und Wiederherstellung der Sicherheit von Blut und Blutprodukten ist prioritäres Ziel unserer Gesundheitspolitik. Dabei geht es im Kern um drei Aspekte ein und

**Von Paul Hoffacker,
gesundheitspolitischer
Sprecher der CDU/CSU
Bundestagsfraktion**

desselben Themas, nämlich die Frage der Entschädigung, der Arzneimittelsicherheit sowie der Vergangenheitsaufklärung. Durch eine humanitäre Soforthilfe wird den HIV-infizierten sowie HIV-erkrankten Betroffenen ein finanzieller Ausgleich zur Linderung materieller Not gewährt. Mit seinen entsprechenden Beschlüssen vom 10. November 1994 hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages auf Initiative der Unionsfraktion hier die erforderlichen Weichenstellungen vorgenommen. Diese Soforthilfeaktion greift der umfassenden und endgültigen Lösung durch den Untersuchungsausschuß nicht vor und ist daher auf drei Jahre befristet; sie erfolgt unabhängig von einer Rechtspflicht.

Durch das Soforthilfeprogramm begünstigt werden einmal alle HIV-infizierten und HIV-erkrankten Bluter sein. Bei diesen Personen kann unterstellt werden, daß die HIV-Infektion bzw. Erkrankung ursächlich auf eine Behandlung mit Blut bzw. Blutprodukten zurückgeht. Aber auch alle HIV-infizierten bzw. HIV-erkrankten Betroffenen, die Bluttransfusionen erhalten haben, werden in den begünstigten Personenkreis miteinbezogen, sofern sie in der Vergangenheit einen aus diesem Sachverhalt ableitbaren Haftungsanspruch anhängig gemacht bzw. einen solchen Anspruch verglichen haben.

Auch bei diesem Personenkreis wird zugunsten der Betroffenen unterstellt, daß die Bluttransfusion ursächlich für die HIV-Infektion bzw. Erkrankung war. Daraus ergibt sich jedoch zugleich, daß alle diejenigen HIV-Infizierten, die einen Haftungsanspruch beispielsweise aufgrund einer Bluttransfusion erst künftig (Stichtag: 31. 10. 1993) geltend machen werden, vom Soforthilfeprogramm nicht begünstigt sein können. Denn diesen Personen ist die Durchsetzung ihrer Haftungsansprüche zumutbar wie allen Patienten, die haftungsrechtliche Ansprüche gegen Fehlverhalten im medizinischen Bereich haben.

Es sollen folgende Leistungen ab dem 1. Januar 1994 gewährt werden: HIV-infizierte Bluter sowie Transfusionsempfänger erhalten eine monatliche Rente von 1 000 DM, HIV-erkrankte Bluter sowie Transfusionsempfänger erhalten eine monatliche Rente von 2 000 DM. Zur Finanzierung dieses Soforthilfeprogramms wird ab dem Haushaltsjahr 1994 ein Gesamtvolumen von 25 Mio. DM erforderlich sein, der Bund beteiligt sich daran mit 20 Mio. DM. Die Zahlungen sind einkommensunabhängig und sollen nicht auf andere staatliche Leistungen angerechnet werden, um den Betroffenen

die humanitäre Soforthilfe ungeschmälert und direkt zukommen lassen zu können. Weiteres zentrales gesundheitspolitisches Anliegen der Union ist die Überprüfung bzw. Gewährleistung von Sicherheit von Blut und Blutprodukten. Durch ein Paket von Einzelmaßnahmen gilt es, die hier nötigen Sicherheitsstandards zu realisieren bzw. zu verbessern.

Prioritär ist, daß — unabhängig von der Frage nach Rechtsänderungen — die bestehenden Sicherheitsstandards akribisch eingehalten werden. Aber auch ansonsten ist die Exekutive gefragt. Alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Arzneimittelsicherheit von Blut und Blutprodukten müssen ausgeschöpft werden. Es gilt beispielsweise die Eigenblutspende vor terminierbaren Eingriffen auch ärztlicherseits verstärkt zu fördern. Eine Überprüfung und Rückführung der Indikation beim Einsatz von Blut und Blutprodukten ist gefragt. Gleichzeitig muß durch verbesserte ärztliche Therapiedokumentation, insbesondere im Krankenhaus, Transparenz und Identifikation der Arzneimittelpfänger erreicht werden können.

Bei nicht inaktivierbaren Blutprodukten wird die baldige Anordnung der Quarantänelagerung weiter zu verfolgen sein mit dem Ziel, daß sich aus dem sog. diagnostischem Fenster ergebende Infektionsrisiko weiter zu reduzieren. Das gilt auch für den Aufbau einer Selbstversorgung im Bereich Blut, der mit Nachdruck weiter zu fördern sein wird.

Der Gesetzgeber wird die hinsichtlich der Arzneimittelsicherheit nötigen gesetzgeberischen Sofortmaßnahmen mit der 5. AMG-Novelle (AMG = Arzneimittelgesetz) unverzüglich umsetzen. Sofern der Untersuchungsausschuß in diesem sensiblen Bereich eine grundsätzliche Neuorientierung empfehlen wird, gilt es, diese Empfehlungen alsbald und noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen. ■

Die Visegrad-Staaten und die Institutionen des Westens

Die CDU Deutschlands hat sich im Rahmen einer Tagung des Bundesfachausschusses Außenpolitik intensiv mit dem Verhältnis der Visegrad-Staaten zu der Europäischen Gemeinschaft, der Westeuropäischen Union und der Nordatlantikpakt-Organisation auseinandergesetzt. Um der Zusammenarbeit mit den Visegrad-Staaten zusätzliche Impulse zu geben, verabschiedet der Bundesfachausschuß Außenpolitik der CDU diese

Potsdamer Erklärung:

1. Die demokratischen Umwälzungen in Mittel-, Südost- und Osteuropa und der tiefgreifende Wandel in Rußland und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion haben den Ost-West-Gegensatz beendet, jahrzehntelang andauernde Konflikte von globalem Ausmaß überwunden und neue Aussichten für die Sicherung von Freiheit und Frieden in der Welt eröffnet. Das Ende der Teilung Europas bietet die historische Chance, Frieden und Stabilität auf diesem Kontinent dauerhaft zu festigen und ein von Toleranz und Wohlstand geprägtes Europa zu schaffen.

2. Dieser begrüßenswerte und für viele unverhofft eingetretene Wandel bringt für die deutsche Außenpolitik neue Herausforderungen, beträchtliche Risiken und große Chancen mit sich. Existenz- und Entwicklungsfähigkeit der deutschen Nation hängen von einem stabilen Umfeld ab, an dessen Schaffung und Bewahrung Deutschland ein fundamenta-

les Interesse hat. Gestaltungsrahmen dafür ist die Europäische Union, die die Interessen Deutschlands und seiner Nachbarn zusammenfaßt. Ihre Stärkung als Modell friedlichen Interessenausgleichs begegnet der Gefahr einer Rückkehr zu alten Verhaltensmustern in Europa, zu Gleichgewichtsdenken, Hegemoniestreben, Intoleranz, aggressivem Nationalismus und Gewalt.

3. Deutschland setzt sich dafür ein, die im westlichen Teil Europas geschaffene Neuordnung weiter auszubauen und den östlichen Teil Europas mit in sie einzubeziehen. Dazu muß der Integrationskern,

Potsdamer Erklärung, verabschiedet Anfang November vom Bundesfachausschuß Außenpolitik anläßlich der Fachtagung „Die Visegrad-Staaten und die Institutionen des Westens“ auf Schloß Cecilienhof in Potsdam

die Europäische Union, schrittweise nach der Aufnahme der EFTA-Länder um die integrationsfähigen Länder Mittel- und Osteuropas und damit zunächst und im wesentlichen um die Visegrad-Länder erweitert werden. Die Visegrad-Staaten bekennen sich zu den gleichen Ordnungsprinzipien wie die westliche Staaten- und Wertegemeinschaft: zu Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Sozialer Marktwirtschaft und zu den für die Stabi-

lität und die demokratische Sicherheit Europas so wesentlichen Minderheiten- und Bürgerrechten. Auf die Verwirklichung dieser Prinzipien ist ihre Reformpolitik gerichtet, deren Gelingen im gemeinsamen Interesse aller Europäer liegt. Vorrangig gilt es, die Strukturen einer demokratisch verfaßten Gesellschaft und eines ihr verantwortlichen Staatswesens zu entwickeln und so zu stärken, daß sie zur inneren Stabilisierung beitragen.

Darüber hinaus brauchen die Völker und ihre Führungen in den Visegrad-Staaten zur Durchsetzung von Systemtransformation und Wirtschaftssanierung und der damit verbundenen Umgestaltungsprozesse die klare Perspektive, daß sie der Europäischen Union beitreten können, wenn die ökonomischen Voraussetzungen dafür gegeben sind und wenn sie es wollen. Die stärkere Anbindung dieser Staaten an den europäischen Wirtschaftsraum und die EG muß daher als vorrangige Aufgabe begriffen und angenommen werden.

Die in diesen Staaten vorhandene Hoffnung auf die Überlegenheit der Marktwirtschaft und der Vertrauensvorschuß gegenüber der EG dürfen nicht leichtfertig verspielt werden.

Die Europäische Union muß darüber hinaus jedoch auch die internen institu-

tionellen Strukturen anpassen, um bei einem Beitritt der Visegrad-Länder ihre Funktions- und Handlungsfähigkeit zu behalten, die erforderlich ist, um die Interessen sowohl der Mitglieder der Europäischen Union wie der beitriftswilligen Staaten wahren zu können.

4. Konsequente Reformpolitik, Abbau von Handelshemmnissen, breitere Marktöffnung und vertiefte Anbindung an die EG stellen notwendige Bedingungen für eine positive wirtschaftliche und politische Entwicklung in den Visegrad-Staaten dar. Wachstum und Hinwendung zur Marktwirtschaft lassen sich am wirksamsten durch Verbesserung des Marktzugangs erreichen; dieser hat in seiner Konsequenz eine weitaus größere Bedeutung als noch so großzügig gewährte Kredithilfen. Daher sind die auf dem Kopenhagener EG-Gipfel beschlossenen verbesserten Marktzugangschancen für osteuropäische Produkte zu begrüßen, die mit schnellen Zollsenkungen auch in sensiblen Bereichen verbunden sind. Allerdings müssen durch vertrauensvolle Zusammenarbeit Wege gefunden werden, um Wettbewerbsverzerrungen aufgrund von Dumping zu vermeiden.

5. Die NATO als die derzeit einzig funktionsfähige militärische Sicherheitsstruktur in Europa, die zugleich die nordamerikanischen Freunde und Partner

TEILNEHMER DER FACHTAGUNG waren neben dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Außenpolitik und Europaabgeordneten Elmar Brok u. a. der Außenminister der Republik Ungarn, Gesa Jeszenszky, der Generaldirektor Außenpolitik bei der EG-Kommission, Günter Burghardt, der Botschafter der Republik Polen, Janusz Reiter, der Leiter der Außenstelle der Botschaft der Slowakischen Republik in Berlin, Ivan Majer, der Leiter der Außenstelle der Botschaft der Tschechischen Republik in Berlin, František Cerný, der Botschafter der Republik Ungarn, Gábor Erdödy, und der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers.

sicherheitspolitisch in die europäischen Angelegenheiten einbindet, muß neue Aufgaben für Europa übernehmen. Um die transatlantischen Beziehungen dauerhaft tragfähig zu machen, braucht Europa ein Amerika, das eine zentrale Rolle in Fragen der europäischen Sicherheit wahrnimmt, und Amerika braucht ein Europa, das einen größeren Teil der Verantwortung in der Allianz und für die internationale Sicherheit übernimmt. Eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik und Verteidigung muß sich in enger Abstimmung und Ergänzung der Atlantischen Allianz entwickeln. Diesem Ziel dient der Ausbau der WEU zum europäischen Pfeiler in der Allianz und als europäische Verteidigungskomponente.

6. NATO wie WEU müssen die Zusammenarbeit mit den Visegrad-Staaten weiter vertiefen und so einen Beitrag für ihre Heranführung an die Institutionen des Westens leisten. Die NATO muß sich zu ihrer sicherheitspolitischen Mitverantwortung für diese Staaten bekennen. Sie muß zur Erweiterung bereit sein, Perspektiven eröffnen und die konkrete Zusammenarbeit im Nordatlantischen Kooperationsrat verstärken. Die WEU sollte den Visegrad-Staaten vor deren Mitgliedschaft in der NATO ebenfalls engere sicherheitspolitische und militärische Beziehungen einschließlich einer Assoziation anbieten; grundsätzlich aber sollte der Beitritt zur Europäischen Union auch den zum Bündnis öffnen.

Der EG-Gipfel im Dezember 93 und der NATO-Gipfel im Januar 94 müssen entsprechende Einladungen an die Visegrad-Staaten aussprechen, denn die Zeit drängt. Stabilität in dieser Region Mitteleuropas ist auch im russischen Interesse. Ein wesentlich stabilisierendes Element der gemeinsamen europäischen Sicherheit stellt die Verpflichtung der Beitritts-

kandidaten zur friedlichen Regelung von Grenzfragen und zum Minderheitenschutz dar. Der Balladur-Plan, der im Rahmen der bestehenden Institutionen und vorzugsweise in dem der KSZE weiterverfolgt werden sollte, ist ein geeigneter Ansatz, diese Fragen vor einem Beitritt zu behandeln.

7. Alle Beitrittskandidaten zur Europäischen Union müssen sich die Zielsetzung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gemäß dem Maastrichter Vertrag bzw. der Maastrichter Erklärung der WEU-Staaten zueigen machen. Dieser Vertrag muß im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union implementiert und über die in ihm getroffenen Vereinbarungen hinaus im Sinne der Petersburger Erklärung der WEU vom Juni 1992 weiterentwickelt werden.

Alle Beitrittskandidaten sollen schon vor ihrem Beitritt und vor der Übernahme aller Verpflichtungen aus dem modifizierten Brüsseler Vertrag über die Westeuropäische Union im Rahmen ihrer Möglichkeiten an gemeinsamen Aktionen und in den Institutionen der Westeuropäischen Union als assoziierte Mitglieder bzw. Beobachter mitwirken. Die WEU sollte die Mittel- und Osteuropa-Staaten zu dieser Zusammenarbeit ausdrücklich einladen. Ziel muß sein: die flexible Reaktionsfähigkeit Europas in allen europäischen Krisen, vor allem dann, wenn die Nordatlantische Allianz nicht handeln kann oder nicht handeln will.

Die Staaten Mittel- und Osteuropas würden damit nicht nur einen wichtigen Beitrag für ihre eigene Sicherheit leisten, sondern auch der Identität Europas in der Sicherheitspolitik dienen, die im Rahmen der Nordatlantischen Allianz mit Hilfe der Westeuropäischen Union als dem bewaffneten Arm der Europäischen Union verwirklicht werden muß. Die friedliche Entwicklung Rußlands ist

Mehr Rechte für die Kommission bei der Betrugsbekämpfung gefordert

Für eine aktive Rolle der Kommission im Rahmen der Zusammenarbeit mit nationalen Behörden zur Bekämpfung von Betrügereien und Unregelmäßigkeiten im Bereich der Zoll- und der Agrarregelungen hat sich die Berichterstatterin des Europäischen Parlaments, Diemut Theato, ausgesprochen.

Während bisher die Kommission lediglich eine Koordinierungs- und Impulsfunktion im Bereich der Amtshilfe hatte, soll sie in Zukunft — auf begründeten Antrag — auch unmittelbaren Anspruch auf Amtshilfe zur Bekämpfung von Betrügereien im Zoll- und Agrarbereich haben. Das bedeutet konkret, daß die Kommission befugt ist, von den nationalen Behörden die Durchführung von Ermittlungen verlangen zu können.

Dem entspricht auch die Schaffung einer eigenen Dienststelle zur Bekämpfung von Betrügereien (UCLAF), die vor Ort Ermittlungen durchführen und ebenfalls nationale Ermittlungen veranlassen und koordi-

nieren kann. Diemut Theato verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß mit dem Unionsvertrag (Artikel 209 a) die Mitgliedstaaten verpflichtet seien, gegen Betrügereien zu Lasten der finanziellen Interessen der Gemeinschaft in gleicher Weise vorzugehen wie gegen Betrügereien, die zu ihren eigenen Lasten begangen werden. Darüber hinaus wird auch ein koordiniertes Vorgehen der verschiedenen Mitgliedstaaten und eine enge und regelmäßige Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Verwaltungen vorgeschrieben. Der vorliegende Vorschlag zur gegenseitigen Amtshilfe stelle ein zwar begrenztes, aber wirksames Instrument dar, um die Verwaltungszusammenarbeit zum Schutz der Gemeinschaftsfinanzen auf eine einheitliche Grundlage zu stellen.

Die Berichterstatterin wies darauf hin, daß es sich hier um einen der ersten Berichte des Parlaments nach Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages handele, auf den das neue Mitentscheidungsverfahren Anwendung finde.

der entscheidende Faktor für dauerhafte Stabilität in Europa. Erst eine enge Zusammenarbeit mit Rußland in einem Netzwerk verflechtender Kooperation — in einer strategischen Partnerschaft mit der NATO und einer politisch-wirtschaftlichen Partnerschaft mit der Europäischen Union — wird die stabile Sicherheitsordnung ermöglichen, die Europa braucht. Rußland, das von seiner Geschichte her eine europäische Großmacht ist, aber weit über Europa hinaus-

reicht, muß in diesem Sinn Kooperationspartner der Nordatlantischen Allianz und der Europäischen Union bei der Ausgestaltung der gesamteuropäischen Friedensordnung werden.

8. Die im ersten Schritt für die Visegrad-Staaten sich eröffnenden Möglichkeiten und Chancen einer Zusammenarbeit sollen auch den baltischen Staaten sowie Bulgarien, Rumänien und Slowenien offen stehen. ■

Rechtzeitig vor dem Wahljahr 1994: Klarheit über die neuen Regelungen

Zur 3. Lesung des Gesetzes zur Änderung des Parteiengesetzes über die zukünftige staatliche Parteienfinanzierung erklärte Bundesschatzmeisterin Brigitte Baumeister:

Mit der Verabschiedung der zukünftigen Parteienfinanzierung im Deutschen Bundestag wird eines neues Kapitel in der wechselhaften Geschichte der staatlichen Teilfinanzierung der politischen Parteien aufgeschlagen. Damit ist es gelungen, rechtzeitig vor dem Wahljahr 1994 Klarheit über die neuen Regelungen zu erzielen.

Künftig wird es eine am Erfolg der einzelnen Parteien orientierte allgemeine Teilfinanzierung der politischen Aufgaben gegeben, die den Parteien vom Grundgesetz zugewiesen sind. Neben der Bezuschussung der für jede Partei gewonnenen Wählerstimmen bei den Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen werden — allerdings begrenzt — auch die Beiträge und eingeworbenen Spenden bezuschußt. Dadurch sollen die Parteien angehalten werden, sich noch stärker um Mitglieder und Förderer für ihre jeweilige Politik zu bemühen und so gleichzeitig die selbst erwirtschafteten Einnahmen zu erhöhen.

Ab 1994 geringere Einnahmen

Mit dem neuen Gesetz wird eine Begrenzung des Gesamtbetrages für alle staatlichen Mittel eingeführt, die pro Jahr an politische Parteien gezahlt werden dürfen. Sie liegt mit 230 Millionen DM um 30 Millionen DM niedriger als die Summe der staatlichen Mittel, die die Parteien nach der alten Rechtslage im Jahresdurchschnitt bislang erhalten

haben. Für die CDU bedeutet dies besondere Anstrengungen, um mit den ab dem nächsten Jahr geringeren Einnahmen alle Wahlkämpfe 1994 bestehen zu können. Das Gesetz setzt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. April 1992 und die darin getroffenen Vorgaben um. Insbesondere die drastische Einschränkung der steuerlichen Begünstigung von Spenden an politische Parteien trifft die CDU. Darüber hinaus wird der durch das

Die CDU ist ebenso wie die anderen Parteien darauf angewiesen, daß die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich für unser Land politisch zu engagieren.

Gesetz erhöhte Verwaltungsaufwand innerhalb der Parteien Mittel binden. Für die CDU wird es darauf ankommen, künftig jede Mark noch effektiver als bisher einzusetzen, um mit den dann geringeren Mitteln die politischen Herausforderungen erfolgreich bestehen zu können.

Dabei ist sie ebenso wie die übrigen Parteien darauf angewiesen, daß die Menschen in unserem Land bereit sind, sich für unser Land und seine Zukunft politisch zu engagieren und die Parteien zu unterstützen. Das Parteiensystem, insbesondere die großen Volksparteien haben unserem Land in den vergangenen Jahrzehnten innenpolitische Stabilität gebracht und die erfolgreiche Bewältigung von Krisen ermöglicht. Dies gilt es in unserem größer gewordenen Vaterland und im zukünftigen Europa zu bewahren.

Koalition wird das Energiegesetz noch in diesem Jahr einbringen

Die Koalition wird noch in diesem Jahr ein Artikelgesetz zur Energiepolitik im Deutschen Bundestag einbringen.

Der Gesetzentwurf wird u. a. die Anschlußregelung für die Kohlefinanzierung nach 1995, eine Novellierung des Atomgesetzes mit der direkten Endlagerung als weiterer Entsorgungsform und Anforderungen an künftige Kernreaktoren sowie Regelungen für die stärkere Förderung erneuerbarer Energien und des Energiesparens enthalten.

Jürgen Rüttgers, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Hilflosigkeit der SPD in der Energiepolitik darf nicht zur Bewegungslosigkeit bei der Sicherung des Zukunftsstandortes Deutschland führen. Bei dem Artikelgesetz hat die SPD zum

zweiten Mal die Wahl: kompromißlose Verweigerung auf Kosten unserer Arbeitsplätze oder vernünftige Kompromisse.

*Eine sichere und umweltfreundliche Energieversorgung ist Grundlage unserer Wirtschaftsentwicklung und von erheblicher Bedeutung für unsere Standortqualität.
Aus dem Leitantrag zum neuen Grundsatzzprogramm*

Es reicht nicht, wenn führende Sozialdemokraten in der Energiepolitik wie schon beim Tauziehen um das Asylrecht Monate und Jahre lang hinter vorgehaltener Hand von Einsicht und Kompromißwillen munkeln. Es kommt jetzt darauf an, schnell im Bundestag und Bundesrat die richtigen Entscheidungen zu treffen. ■

„Gebraucht werden“ – ältere Menschen bringen ihre Erfahrungen ein!

Bundesweite Nachahmung sollte das Schweinfurter Seniorenprojekt „Gebraucht werden“ finden, das der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Staatssekretär Bernhard Worms, sehr begrüßt.

Hier wirken Frauen und Männer mit im Einsatz als Babysitter, bei Gartenarbeit, beim Haushüten, Tiersitting und anderem mehr. Außerdem werden Reisen angeboten, es wird eine Senioren-Mitfahrzentrale unterhalten, ein Senioren-Notruf ist installiert, und Kurse für Gedächtnistraining werden durchgeführt.

Auch persönliche Kontakte und Gespräche kommen nicht zu kurz. Der Initiator, Alfred Albert, hat noch viele Ideen für die Zukunft. Der Einsatz ist ehrenamtlich auf der gesetzlichen Grundlage eines Fördervereins mit Mitgliedsbeiträgen.

Wir brauchen, so Bernhard Worms, dringend Männer und Frauen, die sich nachberuflich engagieren und ihre Erfahrungen einbringen. „Gebraucht werden“ eröffnet Zukunftsperspektiven, die das Leben im Alter schöner machen und den Austausch zwischen den Generationen fördern.

Das christliche Selbstverständnis ist unser unverzichtbares Fundament

Der Vorsitzende der Grundsatzprogramm-Kommission der CDU, Reinhard Göhner, erklärte zum Thema „Das Christliche in der Politik — die Position des Grundsatzprogramm-Entwurfs des CDU-Bundesvorstands“:

Die vieldiskutierte Frage, wie sich die CDU der zunehmenden Säkularisierung unserer Gesellschaft — mit einem Drittel Konfessionsloser in der Bevölkerung und einer neuen Kirchnaustrittswelle — stellt, findet im neuen Grundsatzprogramm eine eindeutige Antwort. Die christliche Selbstverpflichtung der CDU wird als entscheidendes und daher unverzichtbares Fundament der Volkspartei herausgestellt. Gleich in der 1. Ziffer des Leittrags Grundsatzprogramm heißt es: „Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.“

Der Programmwurf vom Januar 1993 hat eine lebhaftige Diskussion in der Partei ausgelöst, die auch die Öffentlichkeit, Vertreter gesellschaftlicher Institutionen und Gruppen, Wissenschaftler und Experten miteinbezieht. Die Repräsentanten der Kirchen wie auch der Theologie haben in ihrer großen Mehrheit die Darstellung des christlichen Fundaments unserer Politik im neuen Grundsatzprogramm nachdrücklich begrüßt. Die nun vorliegende Überarbeitung des Programmwurfs stellt dies noch deutlicher heraus; der CDU-Bundesvorstand hat sich mit dem einstimmigen Beschluß des Grundsatzprogramms dazu bekannt.

Das christliche Verständnis vom Menschen ist für christlich-demokratische Politik zentral. Es ist der historische Ausgangspunkt und das geistige Fundament

unserer Partei (Ziffer 6). Aus ihm ergibt sich unser Bild von Gesellschaft und Staat, ergeben sich Auftrag und Grenzen von Politik im Dienst am Menschen (Z. 10). Im Mittelpunkt steht die unantastbare Würde jedes Menschen als einmaliger und unverfügbarer Person (Z. 7). Aus dieser Würde erwächst das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Die Freiheit gibt dem Menschen die Möglichkeit zur sittlichen Entscheidung. Jeder Mensch trägt dafür die Verantwortung vor seinem Gewissen und nach christlichem Verständnis vor Gott (Z. 8).

Auf Gemeinschaft angelegt

Der Mensch ist auf Gemeinschaft mit seinen Mitmenschen angelegt. Er muß deshalb Verantwortung auch für seine Mitmenschen und für die Gemeinschaft als Ganze tragen (Z. 9). Das Gemeinwesen kann daher insbesondere gläubigen Christen nicht gleichgültig sein. Gegen den Trend zum Rückzug ins Private und gegen ein privatistisches Freiheitsverständnis setzen wir das Leitbild einer freien und verantwortlichen Gesellschaft und wollen Verantwortungsbereitschaft, Pflichtbewußtsein, Bürgersinn und Gemeinwohldenken stärken (Z. 14, 38). Freiheit und Verantwortung in ihrem unlöslichen Zusammenhang sind der rote Faden des Programms, der in allen Kapiteln durchdekliniert wird und den wir deshalb als Titel gewählt haben.

Die Entfaltung des Grundwerts „Freiheit“ im Januar-Entwurf ist — entgegen unserer Absicht — als zu individualistisch und mißverständlich kritisiert worden. In der Überarbeitung ist daher stär-

ker als bisher das Prinzip verantworteter Freiheit betont und ausgeführt (Z. 13–20). Passagen aus dem Ludwigshafener Programm sind übernommen worden. Dazu gehört auch das Subsidiaritätsprinzip, das wir sowohl unter „Solidarität“ als auch unter „Freiheit“ ausführen (Z. 16; 22 und 23). Wichtig ist dabei das Wechselverhältnis: Staat und Gemeinschaft müssen die subsidiäre Aufgabenwahrnehmung erleichtern und fördern, dort aber, wo die Kräfte des einzelnen, von freien Verbänden oder Gruppen überfordert sind, helfen. Die freien Träger werden mehr als bisher im Programm gewürdigt (Z. 16, 55, 104); dasselbe gilt für ehrenamtliche Tätigkeiten (Z. 50, 105).

Neu gegenüber dem Ludwigshafener Programm ist das 6. Kapitel mit dem christlichen Anliegen, zur Bewahrung der Schöpfung beizutragen. Die Natur ist nicht nur Voraussetzung und Instrument unseres Lebens, ihr kommt als Schöpfung Gottes auch eine Eigenbedeutung zu (Z. 11). Der Eigenwert der Schöpfung und die Verantwortung für zukünftige Generationen machen uns zur Aufgabe, die Lebensgrundlagen der Menschheit zu sichern und auch darüber hinaus die Schöpfung zu bewahren. Wir wenden uns gegen die These, der Mensch sei einer ethischen Steuerung des von ihm in Gang gesetzten technischen Fortschritts nicht fähig; er hat die Kompetenz und die Pflicht, moralisch verantwortlich mit seinem technischen Können umzugehen.

Bewahren und gestalten

Dies zu leisten gehört zur Größe seiner Bestimmung als Geschöpf Gottes (Z. 140). Bewahren heißt für uns Gestalten, damit die Zusammenhänge und Wechselseitigkeiten im Netzwerk von Mensch, Natur und Umwelt erhalten bleiben (143). Wir lehnen den Machbarkeitswahn ebenso ab wie das Weltunter-

gangsszenario und setzen dagegen die Fähigkeit und Pflicht des Menschen zur ethisch verantworteten Weiterentwicklung und Gestaltung seiner Umwelt.

Gefährdungen für die menschliche Würde bestehen vor allem, wo der Mensch besonders hilfsbedürftig ist und seine Interessen nicht selbst vertreten kann. Wir treten im neuen Grundsatzprogramm deshalb nachdrücklich für den Schutz des Lebens ungeborener Kinder (Z. 46) und für die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens an seinem Ende ein (Z. 101) — Themen, die im 1978er Programm nicht behandelt wurden. Dazu gehört auch der Einsatz für die Armen und Schwachen sowie für behinderte Menschen (Z. 39). Die Bewahrung und Stärkung christlicher Werte ist für die Menschlichkeit unserer Gesellschaft insgesamt wichtig. Die Bejahung der Würde des Menschen und der daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik ist die gemeinsame Grundlage für Christen und Nichtchristen in der CDU.

Kirchensteuer beibehalten

Die Leistungen der Kirche auf sozial-karitativem Feld und im erzieherischen Bereich werden in einem eigenen Kapitel „Kirchen und Religionsgemeinschaften“ (Z. 62) gewürdigt. Ihr Beitrag zur Entwicklungshilfe wird im außenpolitischen Kapitel hervorgehoben (Z. 136). Ebenso wichtig ist aber ihre Bedeutung für das Gemeinwohl und die Wertorientierung unserer Gesellschaft. Wir treten dafür ein, das System der Kirchensteuer beizubehalten, um den Kirchen die Erfüllung dieser Aufgaben zu gewährleisten. Wir sehen in der Bewahrung der christlichen Wertgrundlagen, insbesondere der Unantastbarkeit der Personwürde, das gemeinsame Anliegen der CDU Deutschlands und der christlichen Kirchen (Z. 62).

Offensiv für mehr Gleichberechtigung von Frauen und Männern eintreten

Für die Weiterentwicklung der Frauenpolitik in Bund und Ländern, in Wirtschaft und Gesellschaft brauchen wir eine stärkere gesetzliche Verankerung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der ein deutliches Signal in die richtige Richtung setzt. Dieses Gesetz muß jetzt zügig verabschiedet werden.

Die öffentliche Meinung ist pro Gleichberechtigung und pro Partnerschaft zwischen den Geschlechtern. Wenn man Umfragen glauben darf, so sind sogar über 60 Prozent der Bevölkerung der Meinung, daß bisher zu wenig für die Gleichberechtigung getan wurde. Dies war auch das eindeutige Ergebnis der zweitägigen Anhörung, bei der die Gesetzentwürfe der Bundesregierung und der SPD-Opposition zur Diskussion standen.

Im Bereich des öffentlichen Lebens ist es notwendig, staatliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein mehr an Gleichberechtigung ermöglichen. Der Weg, bis Frauen zumindest de jure den Männern gleichgestellt wurden, war lang. Wir wollen auf die praktische Umsetzung nicht nochmals Jahre warten.

Die Anhörung bestätigte: Es bringt nicht viel, utopische Forderungen zu formulieren, wie sie der SPD-Entwurf reihenweise enthält. Im Gegenteil: Eine offene Diskussion darüber ist notwendig, was Gesetze vernünftigerweise leisten sollen und leisten können. Populistische Versprechungen nützen niemanden.

Wir brauchen realitätsbezogene und praktikable Vorschläge. Unsere Vorstellungen sollen weder verfassungsrechtlich

angreifbar noch wirtschaftspolitisch widersinnig sein. Diese Grundsätze läßt der SPD-Entwurf in weiten Teilen außer acht. Das machte auch die Anhörung deutlich.

Es ist weder möglich noch sinnvoll, der Privatwirtschaft feste Reglements zur Frauenförderung vorzuschreiben. Im ungünstigsten Fall wirken sie sich gegen die Frauen aus. Es wurde deutlich, daß im privatwirtschaftlichen Bereich vorrangig die Tarifpartner gefordert sind, die Gleichberechtigung von Frauen und

Von Claudia Nolte, frauen- und jugendpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nach der öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses Frauen und Jugend am 13. November in Bonn

Männern zu verwirklichen. Es liegt im Sinne der Unternehmer, auf das Arbeitskräftepotential qualifizierter Frauen nicht zu verzichten.

Die im SPD-Entwurf geforderte starre Quote wurde auch von den Experten mehrheitlich abgelehnt. Sie wäre „jätörricht“, wie es die Vertreterin der ÖTV sogar formulierte. Frauen und Männer müssen gemäß ihrer Leistung und Fähigkeit gleiche Chancen bekommen. Die im Regierungsentwurf vorgesehenen Zielvorgaben werden dem gerecht. Sie orientieren sich an der konkreten Situation und berücksichtigen die zu erwartende Bewerberstruktur. Auch das Mitbestimmungs-

Horst Waffenschmidt weiter an der Spitze der Kommunalpolitischen Vereinigung

Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, seit 1973 Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands, wurde am 12. November auf dem Kommunalkongress der KPV eindrucksvoll mit über 91 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt.

Waffenschmidt vor den Delegierten: Wir leben in einer Zeit des Umbruchs. Die politische Lage in der Welt, in Europa und in Deutschland hat sich in den letzten drei Jahren dramatisch verändert. Dies ist nicht ohne Auswirkungen auf die Menschen in unserem Land geblieben.

Perspektiven entwickeln

Die Kommunalpolitik muß die Veränderungen in unserer Gesellschaft aufnehmen und zukunftsweisende Perspektiven für die Menschen entwickeln. Dafür möchte ich mit den Kommunalpolitikern von CDU und CSU auch in den nächsten Jahren arbeiten.

Bundeskanzler Helmut Kohl dankte Waffenschmidt und den Kommunalpolitikern der Union für ihren stetigen Einsatz und forderte zu einer großen Kraftanstrengung im Superwahljahr 1994 auf.

1994 wird Schicksalsjahr

Kohl: 1994 wird ein Schicksalsjahr der deutschen Politik. Die Deutschen entscheiden darüber, wie dieses Jahrhundert mit seinen großen Herausforderungen zu Ende gebracht und ein neues Jahrhundert politisch begonnen wird. Es geht um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Die über 350 Delegierten des Kommunalkongresses diskutierten darüber hinaus mit Bundesministerin Hannelore Rönsch über eine „Sozialpolitik der Zukunft“, verabschiedeten eine Fülle von politischen Anträgen zur Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Europapolitik und aktualisierten das Kommunalpolitische Grundsatzprogramm der KPV.

korsett, das die SPD den Unternehmern zwangsverordnen will, ist abzulehnen. Es begrenzt unternehmerische Freiheit in unzulässiger Art und Weise.

Die Anhörung hat gezeigt: Der Regierungsentwurf ist sowohl aus wirtschaftlicher wie aus frauenpolitischer Sicht eine realistische Grundlage. An einigen Stellen bedarf er der Nachbesserung. So ist zum Beispiel erforderlich, die Formulierungen in Artikel 8 (§ 611a BGB), in dem die Beschädigung beim Verstoß gegen das Benachteiligungsverbot geregelt wird,

dem Urteil des Europäischen Gerichtshof anzupassen.

Aus dem einen oder anderen „Soll“ könnte ein „Muß“ werden. Nicht „flexible“, sondern „verbindliche“ Zielvorgaben sind in Frauenförderungsplänen vorzusehen, die sich im Gegensatz zur Quotenregelung an den Gegebenheiten der jeweiligen Dienststellen orientieren.

Politik für Frauen ist mehr als Frauenpolitik. Wir müssen in allen Bereichen offensiv für mehr Gleichberechtigung von Frauen und Männern eintreten. ■

Landesparteitag in Saarlouis

Klaus Töpfer eindrucksvoll bestätigt

Personelle Kontinuität und wirtschaftspolitische Perspektiven kennzeichneten den von einer Atmosphäre der Aufbruchstimmung und Geschlossenheit geprägten 45. Landesparteitag der CDU Saar am 6. November in der Kulturhalle Saarlouis-Roden.

Mit 93 Prozent der Stimmen ist Klaus Töpfer von den 400 Delegierten in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt worden. Ebenfalls wiedergewählt wurden mit 89 Prozent Peter Jacoby, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, und mit 80 Prozent Gaby Rauber als stellvertretende Vorsitzende.

99 Prozent der Delegierten wählten Hans-Herbert Mörsdorf zum neuen Landesschatzmeister für den nach langjähriger Tätigkeit ausgeschiedenen Rudolf Heimes. Dem neuen Landesvorstand gehören außerdem zwanzig weitere Mitglieder als Referenten an.

Inhaltlich wurde der Parteitag angesichts der dramatischen Entwicklungen auf dem saarländischen Arbeitsmarkt und in der saarländischen Wirtschaft von wirtschaftspolitischen Perspektiven in den zentralen Existenzfragen des Landes geprägt.

Der Wirtschaftsstandort Deutschland im allgemeinen und der Standort Saarland im besonderen zogen sich daher auch als roter Faden durch die kämpferischen Reden des Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, und des Landesvorsitzenden, Bundesminister Klaus Töpfer. Der Bundeskanzler ermunterte zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung in Deutschland.

Er sicherte den anwesenden Bergleuten

die Kohlefinanzierung im Rahmen eines erforderlichen energiepolitischen Konsenses zu. Gerd Zibell, Vorsitzender der IGBE, bezeichnete Kohl als „Freund der Bergleute“.

Klaus Töpfer warf der Landesregierung wirtschaftspolitische Untätigkeit und Unfähigkeit vor und stellte die Ansätze der CDU Saar zur Umstrukturierung der Saar-Wirtschaft vor. Mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten müsse ein Strukturwandel eingeleitet werden. Diese

CDU Saar angesichts des bevorstehenden Wahljahres 1994 in positiver und kämpferischer Aufbruchstimmung

Ansätze mündeten in einen von Peter Jacoby vorgestellten und von der großen Mehrheit der Delegierten verabschiedeten wirtschaftspolitischen Leitantrag.

In diesen Leitlinien und Perspektiven fordert die CDU Saar die Verbesserung der standortspezifischen betrieblichen Kostenfaktoren, den Abbau von Bürokratie, eine verstärkte, dem Mittelstand zugute kommende Privatisierung, die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, einen Wandel ohne Bruch bei Kohle und Stahl, die Bereitstellung von Ansiedlungsflächen und ein professionelles Gewerbeflächenmanagement sowie die Einführung eines zweiten Arbeitsmarktes, etwa durch die Ausdehnung des § 249 h Arbeitsförderungsgesetz auf das Saarland.

Letzteres hatte der Bundesparteitag auf

Antrag der CDU Saar kürzlich in Berlin verabschiedet. Bereits am Vorabend des Parteitages diskutierte ein breites Forum mit Vertretern aus Wirtschaft und Politik über den „Standort Saarland“ und rief dabei übereinstimmend zur Bündelung aller Kräfte und zur gemeinsamen Initiative Saar auf.

Einheitlicher Verkehrsraum

In einem zweiten Leitantrag wurden auch Richtlinien für einen zukunftsorientierten Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) verabschiedet, in denen ein einheitlicher Verkehrsraum Saar und ein Verkehrsgesamtkonzept für Straße und Schiene gefordert werden. Eingefordert wird dazu ein integriertes Verkehrsentwicklungskonzept für alle Verkehrsträger im Personen- und Güterverkehr. Der von der Jungen Union gestellte Antrag auf Ausstieg aus der Kernenergie wurde zur weiteren Beratung in den Landesausschuß überwiesen.

Die personellen und inhaltlichen Weichenstellungen für die Zukunft und die gute Atmosphäre am geselligen „Saarlouiser Abend“ zeichneten angesichts des bevorstehenden Wahljahres '94 eine positive und kämpferische Aufbruchstimmung der CDU Saar.

Inter-Rail-Karte bleibt erhalten

Die Inter-Rail-Karte wird auch künftig als attraktives Angebot für Jugendliche bis zum vollendeten 26. Lebensjahr bleiben. Dies ist das Ergebnis einer entsprechenden Einigung der europäischen Bahnen.

Ursprünglich hatten die Eisenbahnen Frankreichs, Italiens, Spaniens, Portugals und Marokkos die Absicht, sich künftig am europäischen Inter-Rail-Angebot in der bisherigen Form nicht mehr zu beteiligen. Der Grund hierfür war, daß diese südlichen Länder in den Urlaubszeiten besonders stark in Anspruch genommen werden, ohne an den Einnahmen entsprechend beteiligt zu sein.

Über die grundsätzliche Einigung der im internationalen Eisenbahnverband zusammengeschlossenen europäischen Eisenbahnen über die Beibehaltung der Inter-Rail-Karte hinaus sollen nun zusätzlich Inter-Rail-Karten mit voraussichtlich ermäßigtem Preis auch für einzelne Zonen verkauft werden können. Die Einzelheiten hierzu wollen die europäischen Eisenbahnen Ende November dieses Jahres festlegen.

Bremer CDU-Fraktionsvorstand unverändert

Der 52jährige **Peter Kudella** bleibt Vorsitzender der CDU-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft. Neben dem seit 1989 amtierenden Oppositionsführer wurden alle Vorstandsmitglieder bestätigt, darunter auch die Kudella-Stellvertreter **Elisabeth Motschmann**, **Reinhard Metz** und **Michael Teiser**. Für eine Koalitionsregierung in dem seit 1991 von einem Ampel-Bündnis regierten Zwei-Städte-Staat stehen die Weser-Christdemokraten zukünftig nicht mehr zur Verfügung. Dies teilte Landeschef **Bernd Neumann** nach einer gemeinsamen Klausurtagung von Landesvorstand und Bürgerschaftsfraktion mit. Dort erklärte sich CDU-Landesvize **Ulrich Nölle** zu einer erneuten Spitzenkandidatur bei der Landtagswahl 1995 bereit.

Die Richtung stimmt, und die Vernunft hat sich durchgesetzt

Als einen „geräuschlosen Parteitag voller Diskussion und Spannung und nicht nur der Harmonie“ hat der bisherige und neue Landesvorsitzende der Berliner CDU, Eberhard Dieppen, den 6. Landesparteitag der (Gesamt-)Berliner CDU am 12./13. November in der Kongreßhalle am Alexanderplatz bezeichnet.

Dieppen, jetzt zehn Jahre Landesvorsitzender, erhielt 71,4 Prozent der abgegebenen Stimmen. Der neue Generalsekretär Dieter Ernst konnte ebenfalls die erforderliche Stimmenmehrheit verbuchen.

Die teilweise auch knappen Mehrheiten bei den Vorstandswahlen brachten die Stimmung der Parteibasis zum Ausdruck, die durch mancherlei Frust gekennzeichnet ist: Der Umzug von Regierung und Parlament in die Hauptstadt wird halbherzig betrieben, die Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner SPD, bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen unvermeidlich, läßt viele Berliner Themen nicht vorankommen, wobei selbst so ärgerliche Dinge wie zahlreiche kommunistische Straßennamen in Ost-Berlin wegen des gemeinsamen Widerstandes von PDS und SPD in den Ost-Bezirken nicht konsequent in Angriff genommen werden.

Der geradezu überstürzte und der Entwicklung vorauseilende Abbau von Berlinhilfe und Berlinförderung mit allen Konsequenzen für den Arbeitsmarkt und die Investitionsfreudigkeit in Berlin — im Gegensatz zu den Bremsversuchen bei der Umzugsplanung — hat ebenso auf die Stimmung geschlagen wie der auf dem Parteitag geäußerte Vorwurf, der

Regierende Bürgermeister lasse die Partei zu kurz kommen.

Für viele dieser Unmuts-Motive ist die Situation insgesamt, aber nicht Eberhard Dieppen verantwortlich zu machen. Aber es gehört nun einmal zu dem unvermeidlichen Schicksal eines Vorsitzenden, auch die Prügel für Dinge einstecken zu müssen, für die er im Ernst gar nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Natürlich herrscht gerade an der Parteibasis Unruhe darüber, daß nach Meinungsumfragen die Anzahl der Wähler, die nicht zur Wahlurne gehen wollen, im Steigen ist. Dem will man mit verstärkter Dialog-Bereitschaft im Gespräch mit dem Bürger entgegenwirken anstelle eines Frontal-Wahlkampfes.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Klaus Landowsky warnte vor der Gefahr, daß die Gesellschaft sich zu einem Konglomerat der verschiedensten Interessengruppen entwickeln könnte unter Mißachtung der Gemeinschaftsinteressen.

Ein klassisches Beispiel dafür gaben auf dem Parteitag selbst gerade betuchte Kreisverbände in ihrem — glücklicherweise erfolglosen — Kampf gegen den Antrag des Landesvorstandes, fünf Wahlkreisgeschäftsstellen im Ostteil der Stadt durch einen Solidarbeitrag der West-Kreisverbände zu finanzieren.

Ergebnis des Parteitages: Die Richtung stimmt, die Vernunft hat sich durchgesetzt, und die Parteibasis muß lernen, daß der gelegentliche Verdruß von Funktionären keineswegs identisch ist mit der durchaus positiven Meinung der Bevölkerung über ihren Regierenden Bürgermeister Eberhard Dieppen.

Neues Werbemittel der Frauen-Union

Frauen Notizblock

134 Seiten für 6,- DM + Porto und Verpackung

COUPON

Ich bestelle _____ Notizblöcke »Mit Grips ohne Schlips« zum Preis von 6,- DM + Porto/Verpackung

Name _____

Adresse _____

Datum, Unterschrift _____

Porto/Verpackung bei Einzelbestellungen = 4,- DM. Den Gesamtbetrag von 10,- DM in Briefmarken oder Verrechnungsscheck beilegen.

Ab 2 Notizblöcken wird Porto/Verpackung nach Aufwand berechnet. Sie erhalten dann eine Rechnung.

Bestell-Coupon einsenden an:

Verlag Bonner Werbe-GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn



NEU



praktischer, spiralgebundener Notizblock im handlichen Format 12 x 17 cm (Abbildung in Originalgröße)
134 Seiten, davon 16 farbige Seiten zur Arbeit der Frauen Union
gedruckt auf umweltfreundlichem 100% Recyclingpapier



»Mit Grips ohne Schlips« heißt das neue Frauen-(politische) Notizbuch der FU der CDU, das auf dem Bundesdelegiertentag am 13./14. November 1993 erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. In acht Kapiteln und Abbildungen enthält es Texte zur Arbeit der Frauen in der CDU und verbindet damit in hervorragender Weise praktische Nutzung mit politischer Aussage. Geeignet als Mitbringsel oder kleine Aufmerksamkeit zu den Festtagen, wie auch mit beigefügter Visitenkarte als Kandidatinnen-Empfehlung im Wahljahr 1994 verwendbar. Bestellungen können ab sofort nach nebenstehendem Bestellzettel vorgenommen werden.

Zur Erinnerung und als Geschenk

Konrad Adenauer verstarb am 19. April 1967. Aus Anlaß seines 25. Todestages haben wir zur Erinnerung an den ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland eine Gedenkmedaille herausgegeben.

In Feinsilber 999, Spiegelglanzprägung, 40 mm Durchmesser, 23 Gramm, kostet das Exemplar einschließlich Etui und Mehrwertsteuer DM 80,—. Hinzu kommen Porto- und Versandkosten.

Die Medaille ist zum Preis von DM 23,80 einschließlich Etui und Mehrwertsteuer (zuzüglich Porto- und Versandkosten) auch in Bronze-Ausführung lieferbar. Der Durchmesser beträgt bei dieser Version 50 mm.

Seit 1. Oktober 1982 ist Helmut Kohl Bundeskanzler. Nach Konrad Adenauer, der von 1949 bis

1963 amtierte, ist dies die längste Kanzlerschaft in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Als Vorsitzender der CDU steht Helmut Kohl nunmehr 20 Jahre an der Spitze seiner Partei. Das politische Wirken Helmut Kohls über vier Jahrzehnte fand in der Wiedervereinigung einen Höhepunkt von geschichtlicher Dimension. Zehn Jahre Bundeskanzler Helmut Kohl am 1. Oktober 1992 und 20 Jahre Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands am 12. Juni

1993, haben uns dazu angeregt, zur Erinnerung und als Geschenk eine Medaille herauszugeben.

In Feinsilber 999, Spiegelglanzprägung, 40 mm Durchmesser, 23 Gramm, kostet das Exemplar einschließlich Etui und Mehrwertsteuer DM 80,—. Dazu kommen Porto- und Versandkosten.

Die Medaille ist zum Preis von DM 23,80 einschließlich Etui und Mehrwertsteuer (zuzüglich Porto- und Versandkosten) auch in einer Bronze-Ausführung lieferbar. Der Durchmesser beträgt in dieser Version 50 mm.

Bestellungen bitte über die Union Betriebs-GmbH oder direkt bei:

Bonner Werbe-GmbH
Friedrich-Ebert-Allee
73-75, 53113 Bonn
Tel. (0228) 5307113
Fax (0228) 5307118



Ein starker Sieg für die Schwachen

Nach Verabschiedung der Pflegeversicherung im Deutschen Bundestag hat die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) die hier abgebildeten Materialien, zwei Flugblätter und ein Plakat, an die CDA-Gliederungen verschickt. Die Materialien sind, solange der Vorrat reicht, auch von jedem anderen Interessenten zu beziehen.

Bestellungen an:

CDA-Hauptgeschäftsstelle
Johannes-Albers-Allee 3
53639 Königswinter
Tel. (0 22 23) 73-129
Fax (0 22 23) 73-132

Ein starker Sieg für die Schwachen – Soziale Pflegeversicherung

Das Pflugeschicksal kann jeden treffen. Ältere Menschen nach einem erfüllten Arbeitsleben, junge Menschen nach einem Verkehrsunfall ... Tausende wurden schwerstbehindert geboren ... Die menschliche Qualität einer Gesellschaft zeigt sich darin, wie sie mit den Schwächsten umgeht.

Nach der Durchsetzung von Erziehungsgeleit, Erziehungsrente und Erziehungsurlaub 1986, ist jetzt die Ausgestaltung der Pflegeversicherung das herausragende Thema christlich-sozialer Politik. Nun hat die Regierungskoalition entschieden: Für eine soziale Pflegeversicherung. Norbert Blum und die CDA haben sich gegen heftige Widerstände durchgesetzt. Gewonnen haben die Betroffenen, deren Schicksal endlich durch ein umfassendes Konzept gemildert werden kann.

Die soziale Pflegeversicherung ist der Startschuß für den weiteren Ausbau einer bürgernahen Pflege-Infrastruktur. Sie unterstützt die häusliche Pflege und verbessert ambulante und stationäre Hilfen. Es gilt jetzt: den Dienst am Menschen besser anzuerkennen. Hierzu gehört für die nebenberuflich Pflegenden die Anrechnung der Pflegezeiten bei der Rentenversicherung, ebenso die bessere Bezahlung der Pflegeberufe. Die soziale Pflegeversicherung ist der wichtigste Einstieg zur Lösung der gesamten Pflegeproblematik.

Christlich-sozial • Die Starken für die Schwachen • Arbeitnehmer machen Politik



Die Pflegeversicherung begründet einen neuen Vertrag der Starken für die Schwachen. Wichtiger als Geld ist jedoch die Anerkennung der menschlichen Pflegeleistungen, die in Deutschland millionenfach privat und beruflich erbracht werden. (Foto: Gieser)

Motzen kann jeder Pflegeversicherung durchgesetzt Sozialstaat ausgebaut!

Bertina K. und zahlreiche Eltern haben in den letzten Jahren ihren Erziehungsurlaub nehmen können. Die Geburt eines Kindes bedeutet seit Einführung von Erziehungsgeleit, Erziehungsrente und Erziehungsurlaub nicht mehr automatisch die Aufgabe des Arbeitsplatzes. Auf drei Jahre wurde das Erziehungsgeleit und der Erziehungsurlaub ausgeweitet. CDA-Mitglieder im Kabinett Helmut Kohls, wie Norbert Blum und Heiner Geißler, haben die Weichen für eine kinderfreundliche Gesellschaft gestellt. Erziehungsgeleit, Erziehungsurlaub und Erziehungsrente sind Vorboten eines gesellschaftlichen Lohns für soziale Tätigkeiten, die bis 1986 im Bruttoerzeugnis nicht bewertet wurden. Bertina K. und ihre Tochter erfahren dadurch konkrete Hilfen. Die CDA hat sie in Zusammenarbeit mit anderen christlich-sozialen Organisationen, auf den Weg gebracht.



Trotz aller Probleme steht die Bundesrepublik Deutschland als Sozialstaat in der Welt fast einzigartig da. Nun kommt die soziale Pflegeversicherung hinzu. Wie alle Fortschritte war dieser Erfolg umstritten. Einigen war er ein Dorn im Auge, weil sie den Sozialstaat insgesamt abbauen wollen; anderen gehen die bisher vorgesehenen Leistungen nicht weit genug. Mit „alles oder nichts“ würde jedoch nur eines erreicht: Die Pflegeversicherung müßte um weitere 20 Jahre vertagt werden.

Hermann S. lebt in Bitterfeld. Fast 15 Jahre hat er in der chemischen Fabrik gearbeitet. Nun tritt ihn die Rationalisierung. Neue Maschinen ersetzen alte Arbeitsplätze. Hermann S. und seine Familie traf dies zunächst wie ein Schock. Nach einigen Gesprächen mit dem zuständigen Arbeitsamt beginnt er eine Qualifizierungsmaßnahme, so daß die Zeit der Arbeitslosigkeit sinnvoll genutzt wird. Nach Beendigung hat er Chancen auf einen zukunftsicheren Arbeitsplatz in einem neuen Betrieb. Möglich ist dies, weil der ehemalige CDA-Vorsitzende und Bundesarbeitsminister Hans Kalter 1988 in der Bundesrepublik das Arbeitsförderungsgeleit entwickelte, das heute für ganz Deutschland gilt. Seine Kernaussage: Lieber sinnvolle Arbeit finanzieren als perspektivlose Arbeitslosigkeit.

1994 tritt eine Pflegeversicherung in Kraft, die das Los der Schwächsten in der Gesellschaft mildert. In der zweiten Stufe werden 1996 über 26 Mrd. DM jährlich zugunsten der Pflegebedürftigen zusätzlich mobilisiert.

Christlich-sozial • Die Starken für die Schwachen • Arbeitnehmer machen Politik

Motzen kann jeder ...

... Pflegeversicherung durchgesetzt .

... Sozialstaat ausgebaut

Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
 Deutschlands



CDA-Hauptgeschäftsstelle, Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter

Materialien vom 4. Parteitag der CDU

● Helmut Kohl: Wir sichern Deutschlands Zukunft

Der Parteivorsitzende Helmut Kohl erklärt in dieser Grundsatzrede die Notwendigkeit des Umdenkens, von Veränderungen zur Wahrung unseres Wohlstandes und zur Sicherung unserer Zukunft. Er bezieht deutlich Position zu innenpolitischen Problemen, zur Standortfrage der Industrialisation Deutschland sowie zur Vollendung der inneren Einheit Deutschlands und appelliert zum Denken in europäischen Dimensionen.

Bestell-Nr.: 3726

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 30, — DM

● Wolfgang Schäuble: Wir zeigen den Weg in eine bessere Zukunft

CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble fordert in seiner Rede dazu auf, auf die neuen Herausforderungen nicht mit Resignation, sondern mit Optimismus und Zuversicht zu reagieren.

Bestell-Nr.: 3728

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 30, — DM

● Peter Hintze: Unser Weg zum Erfolg 1994

Generalsekretär Peter Hintze erläutert in dieser Rede die Wahlstrategie der CDU im Mega-Wahljahr 1994. Er spricht dabei nicht nur die entscheidenden Themen des kommenden Jahres wie z. B. Arbeitslosigkeit und Innere Sicherheit an, sondern er trifft auch Aussagen zur Koalition und zur langfristigen Politik der CDU an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.

Bestell-Nr.: 3727

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 30, — DM

● Erziehung und Ausbildung in unserem freiheitlichen demokratischen Bildungssystem

Nach einer fast zweijährigen Diskussionsphase, in der sich die CDU bereits eingehend mit Experten, Wissenschaftsinstitutionen und Verbänden außerhalb der Partei beraten hatte, ist ein neues gesamtdeutsches Bildungsprogramm entstanden, das auf dem 4. Parteitag der CDU im September in Berlin verabschiedet wurde.

Bestell-Nr.: 5729

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 24, — DM

● Kriminalität entschlossen bekämpfen – Innere Sicherheit stärken

Die Innere Sicherheit, das ist eines der dringendsten innenpolitischen Themen, welches auch im kommenden Wahljahr entscheidend sein wird. Der nun vorliegende Beschluß vom 4. Parteitag, mit der Einführungsrede von Rudolf Seiters, soll deutlich machen, daß Freiheit und Sicherheit der Bürger zusammengehören. Deshalb enthält dieser Beschluß ein eindeutiges Bekenntnis zu Polizei und Verfassungsschutz.

Bestell-Nr. 5730

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 21, — DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 1164

33759 Versmold

Fax: 0 54 23/4 1521

Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

Helmut Kohl

Wir sichern Deutschlands Zukunft

Rede auf dem 4. Parteitag der CDU Deutschlands



Wolfgang Schäuble

Wir zeigen den Weg in eine bessere Zukunft

Rede auf dem 4. Parteitag der CDU Deutschlands



**Wir sichern
Deutschlands Zukunft**

Kriminalität ent- schlossen bekämpfen - Innere Sicherheit stärken

Beschluß des 4. Parteitags der CDU Deutschlands



Peter Hintze

Unser Weg zum Erfolg 1994

Rede auf dem 4. Parteitag der CDU Deutschlands



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

CDU-Eiskratzer in neuer Qualität

Weihnachtszeit, das ist in unseren Breitengraden auch immer die kalte Jahreszeit, d. h. zugefrorene Scheiben, verschmutzte Scheinwerfer behindern wieder die Sicht. Unser neuer CDU-Eiskratzer schafft hier Abhilfe.

Und was ist da daran neu?

Der neue Eiskratzer ist größer, besteht aus stärkerem Material und besitzt einen langen Griff, damit die Finger nicht schmutzig werden.

Und wo bleibt der Umweltschutz?

Der neue Eiskratzer besteht aus recycelten bzw. wieder eingeschmolzenen Produktionsabfällen aus Polysterol, das z. B. für die Produktion von Joghurtbechern benötigt wird, und ist somit ein weiterer Beitrag zum Abbau der Müllberge.

Bestell-Nr.: **9890**

Mindestabnahme: 100 Expl.

Preis je 100 Expl. 69, — DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 1164, 33759 Versmold

Fax (0 54 23) 4 15 21



UID

36/1993

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119, **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 153 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 10050). Abonnementspreis jährlich 52, — DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** WVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.